

Zum Reichshaushalts-Gesetz.

Rede des Abgeordneten Liebknecht

gehalten in der Reichstags-Sitzung vom 24. Januar 1882.

(Aus dem amtlichen stenographischen Bericht.)

Abgeordneter **Liebknecht**: Meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter hat darauf hingewiesen, daß die Anschauungen, welche soeben von dem Herrn Reichskanzler hier vertreten wurden, bereits zu den Zeiten der Reaktion in den fünfziger Jahren und früher von Gerlach und von anderen vertreten worden seien. Neues haben wir hier allerdings nicht gehört. Aber wie ist es überhaupt möglich, daß diese alten Anschauungen hier noch auftauchen können? Da muß ich allerdings der linken Seite des Hauses den Vorwurf machen, daß es ganz wesentlich ihrer Haltung zu verdanken ist, daß derartige Anschauungen heute noch hier am Regierungstisch zum Worte gelangen können. Als in den sechziger Jahren der Kampf mit dem Absolutismus von der Fortschrittspartei aufgenommen wurde, stand das Volk hinter der Fortschrittspartei; trotzdem wagte sie es nicht, den Kampf bis aufs Aeußerste zu führen, bis sie gesiegt hatte. Sie ließ sich durch die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck blenden und ertheilte ihm Indemnität für seine innere Politik; und jetzt, nachdem der Kampf Jahrzehnte lang vertagt war, finden wir, daß er von Neuem aufgenommen werden muß. Dieselben Prinzipien, die Sie damals bekämpft haben, stehen Ihnen heute wieder gegenüber. Das persönliche Regiment, ob es sich verkörpert in Monarchen, ob es sich verkörpert im Reichskanzler, es steht Ihnen gegenüber, ob man es Selbstregierung nennt oder Selbstherrschaft, es ist das autokratische persönliche Regiment, und mit diesem müssen Sie abrechnen, wenn nicht der Verfassungsstaat gerade so ein Gegenstand des Gelächters sein soll, wie es neulich hier im Reichstag der Reichsstaat mit Recht gewesen ist.

Der verhängnisvollste Fehler, den die Fortschrittspartei im Kampfe gegen die absolutistischen Neigungen des Reichskanzlers begangen hat, ist der, daß sie die auswärtige Politik desselben von der inneren getrennt hat. Dieser Fehler ist auch bei der letzten Wahlkampagne wieder hervorgetreten. Damals hat der Herr Abgeordnete Richter, dessen Ausführungen ich sonst in vielen Beziehungen beipflichten muß, den ich aber nicht freisprechen kann von der Mitschuld an der jetzigen Lage der Dinge, — er hat sich dagegen verwahrt, daß er den Kampf gegen Bismarck wolle. „Nein“, hieß es, „nicht gegen den ganzen Bismarck, ich bin für den einen Bismarck — und nur gegen den anderen, es gibt nämlich zwei Bismarck — die famose Zweifelseelentheorie —, der Bismarck der auswärtigen Politik ist unser Mann, seine Handlungen billigen wir, mit ihm stimmen wir vollständig überein; allein den Bismarck der inneren Politik müssen wir verwerfen, ihn bekämpfen wir.“ Aber, meine Herren, wie kann ich Bismarck in zwei Theile theilen? Bismarck ist eben ein Mann, und wenn ich die eine Seite seiner Politik will und vor dem Volk verherrliche, so muß ich die andere mit in den Kauf nehmen. Wer die auswärtige Politik des Fürsten Bismarck billigt, der muß auch die innere billigen; (Widerspruch links) Wobenn Sie können die eine nicht von der anderen trennen. Fürst Bismarck hat vorhin gesagt: „wie wäre es geworden, wenn Sie mich im Konflikte gestürzt hätten? Sie hätten dann die Armee-Reorganisation nicht gehabt.“ Ganz richtig; und wenn Sie die Armee-Reorganisation nicht hatten, dann hätten Sie auch nicht die Kriege von 1866 und 1870, dann hätten Sie dem Fürsten Bismarck nicht die Möglichkeit gegeben, die nationale Begeisterung — Verblendung möchte ich es lieber nennen —

dazu zu benutzen, das absolutistische System, das er vertrat und das zu vertreten er niemals gezeugnet hat, zum Siege zu führen.

Ich denke in Bezug auf die auswärtige Politik und die sogenannten nationalen Errungenschaften anders, als die große Mehrzahl in diesem Hause. Meine Anschauung von auswärtiger Politik läßt sich in dem kurzen Satz resumiren: die beste auswärtige Politik ist gar keine. Es wäre ein wahres Glück für Deutschland, wenn wir gar keine auswärtige Politik gehabt hätten und wenn wir, statt mit dem Auslande, uns mit unseren inneren Angelegenheiten beschäftigt und die Aufgabe einer guten Regierung und eines wahren Staatsmannes darin erblickt hätten, Frieden und Wohlfahrt im Lande selbst herzustellen.

Meine Herren, ich komme nun zum eigentlichen Gegenstande der Tagesordnung: zur Generaldebatte über den Etat. Ich hatte und habe nicht die Absicht, akademisch über die Frage des kaiserlichen Erlasses zu reden, die sich, wie jetzt schon zu sehen, im Sande verlaufen wird. Wie dem aber auch sei, Sie⁷ kommen nicht zwischen den Hörnern des Dilemmas hindurch, entweder müssen Sie das absolute Regiment, das Ihnen in der Person des Reichskanzlers gegenübertritt, durch einen inneren Verfassungskampf, durch einen siegreich durchgeführten Konflikt brechen, oder Sie müssen es hinnehmen, sich unterwerfen, und höchstens den Konflikt durch allgemeine Redensarten vertuschen. Man wird vielleicht das Absolutistische dieses Erlasses vom 4. Januar weginterpretiren, ihm die Spitze scheinbar abstumpfen — es ist dies im Lauf der Debatte theilweise schon geschehen —, aber das absolute, das persönliche Regiment steht da, es bleibt und wird bei jeder Gelegenheit Ihnen wieder entgegentreten.

Ich habe nun meinen und meiner Freunde Standpunkt gegenüber dem Etatsgesetze, welches uns vorliegt, zu präzisiren. Ich werde so kurz sein, als es mir möglich sein wird, denn ich begreife, daß die vorgerückte Zeit das Anhören von Reden beinahe unmöglich gemacht hat. Ich hätte darum außerordentlich gern gesehen, wenn der Vertagungsantrag, welcher von uns beabsichtigt war, Unterstützung gefunden hätte — dann hätten wir morgen noch eine wirkliche Debatte haben können. Bei einer früheren Gelegenheit, als der Etat in der ersten Lesung zur Berathung stand, wurde vom Abgeordneten Windthorst gesagt: „um halbvier rede ich nicht mehr.“ Jetzt ist es schon halbfunf. Genug — ich habe den Standpunkt meiner Freunde und den meinen zu präzisiren und auseinanderzusetzen, warum wir genöthigt sind, gegen den Etat in seiner Gesamtheit zu stimmen.

Die ungeheure Mehrzahl der Summen, um deren Verfügung es sich handelt, sind ausgeworfen für militärische Zwecke. Den Militarismus müssen wir aber prinzipiell bekämpfen; im Militarismus erblicken wir den Feind jeder freiheitlichen Entwicklung, den Krebschaden, der an unserm Wohlstande frisst, kurz den Ruin unseres Vaterlandes. Das Militärbudget, es wächst und wächst. Seit Gründung des deutschen Reiches ist es, mitten im Frieden, um fast 50 Prozent gewachsen, wenn wir alles das zusammenrechnen, was zur Armee, Marine u. s. w. gehört und was noch drum und dran hängt. Und es ist auch nicht die geringste Aussicht vorhanden, daß das Militärbudget sich verringern werde; im Gegentheil liegt es in der Natur der Dinge, im ganzen Wesen des Militarismus, daß die für militärische Zwecke aufzuwendenden Kosten mehr und mehr gesteigert werden. Ist die Nation nun im Stande, diese laminenartig anschwellenden Lasten auf die Dauer zu tragen, die Nation, von der durch die Reichsregierung selbst konstatirt worden ist, daß sie in einem wahren Nothstande lebt? Kann dieses Mißverhältniß zwischen der erlahmenden Steuerkraft einerseits und zwischen den stets wachsenden Anforderungen an den Steuerfädel des Volkes andererseits noch lange Zeit fortauern? Es ist unmöglich, und eine Katastrophe ist unvermeidlich, wenn nicht energisch Front gemacht wird gegen den Militarismus.

Wozu brauchen wir denn das große stehende Heer? Ist uns nicht in der Thronrede gesagt worden, daß wir friedliche Beziehungen mit allen Mächten haben? Sind von irgend einer Seite kriegerische Verwickelungen zu erwarten? Ist etwa Rußland, welches vom Nihilismus zerfressen ist, und welches vor wenig Jahren, als es noch

stärker war, nicht einmal seinen Krieg mit der Türkei, einer Militärmacht dritten Ranges, ohne Hilfe zu siegreichem Ende führen konnte. — Ist etwa Rußland im Stande, uns anzugreifen? Ist bei Oesterreich der Wille und die Macht anzunehmen, uns mit Krieg zu überziehen? und droht uns etwa von Frankreich eine Gefahr? Meine Herren, man hat Gambetta, der vielfach mit dem Fürsten Bismarck verglichen worden ist, den Diktator Frankreichs genannt; man hat darauf hingewiesen, daß in Gambettas Person sich der Gedanke der Revanche verkörpere; jetzt sehen Sie, wie ohnmächtig dieser Mann in Frankreich ist, Sie sehen, daß Frankreich, weil es entschlossen ist, sich zur demokratischen Republik zu entwickeln, auch mit diesen chauvinistischen Traditionen, mit dieser engherzigen Revanchepolitik gebrochen hat. Das Schicksal Gambettas zeigt, daß Frankreich einen Krieg nicht will. Und wie die Dinge in Frankreich, in Oesterreich und Rußland liegen, bedarf es meiner festen Ueberzeugung nach nur eines ernststen Wortes von Seiten eines ehrlich den Frieden wollenden deutschen Staatsmannes, um zu bewerkstelligen, daß mit dem System des Militarismus durch einen internationalen Vertrag in allen Ländern Europas gebrochen wird. Ueberall ist das gleiche Bedürfnis vorhanden; gerade wie wir, so seufzen auch die übrigen unter dem Militarismus.

Wir verlangen nicht, daß Deutschland entwaffne, sich wehrlos mache. Das System der allgemeinen Volkswehr, welches wir befürworten, macht unser Vaterland zu allen Zwecken der Vertheidigung stärker, als wir heute sind. Wenn dieses System durchgeführt wird, nicht wie es jetzt unvollkommen in der Schweiz geschieht, sondern so, wie es z. B. dem großen Propheten des nationalen deutschen Gedankens, Fichte in seinen „Reden an die deutsche Nation“ vorschwebte, wenn die Wehrhaftmachung des Volkes, die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, wie Fichte es verlangte, aufgenommen wird in den allgemeinen nationalen Erziehungsplan; dann wird ein Geschlecht herangezogen, welches ohne eine dreijährige oder zweijährige Dienstzeit für den Krieg tüchtiger ist, als heutzutage unser junges Geschlecht, nachdem es durch die Drillung der Kasernen und des Exerzierplatzes hindurchgegangen ist. Also nicht die Entwaffnung schlagen wir vor; umgekehrt: indem wir für die allgemeine Volksbewaffnung eintreten, befürworten wir, daß unser Volk wehrhafter gemacht werde, als es gegenwärtig ist.

Sie begreifen, meine Herren, daß wir schon allein unserer Stellung zum Militarismus wegen nicht für den Etat stimmen können, da der größte Theil der Summen, welche in demselben ausgezahlt sind, für nach unserer Ansicht verwerfliche und gemeinschädliche Zwecke, die Zwecke des Militarismus, ausgezahlt ist. Man hat auch in den oberen Regionen begriffen, daß es in der bisherigen Weise nicht fort gehen kann mit der Steigerung der Lasten, welche dem Volke auferlegt werden, und man hat sich darum entschlossen, etwas zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes zu thun. Da ist denn die sogenannte „Steuer- und Wirthschaftsreform“, sind die „sozialpolitischen Pläne“ des Fürsten Reichskanzlers aufgetaucht.

Meine Herren, zu diesen Plänen und angeblichen Reformen habe ich Stellung zu nehmen. Ich werde es thun so kurz wie möglich, aber es zu thun bin ich verpflichtet. Was die Frage der direkten und indirekten Steuern betrifft, so stimmen wir in derselben bis zu einem gewissen Punkt vollständig mit der Linken dieses Hauses überein, und ich brauche darum hier über dieses Thema nicht weiter zu reden. Wir sind der Ansicht, daß die indirekten Steuern weit schwerer auf dem Volke lasten, als die direkten Steuern und daß die einzig vernünftige Besteuerung eines Volkes geboten wird durch die progressive Einkommensteuer. Diese beste aller direkten Steuern und überhaupt aller Steuern fordern wir in unserm Parteiprogramm, und wir sind darum entschiedene Gegner der Politik des Fürsten Reichskanzlers, die direkten Steuern durch indirekte zu verdrängen.

Was nun die Wirthschaftspolitik im weiteren Sinne des Fürsten Reichskanzlers betrifft, so stehen wir in Bezug auf die Frage Freihandel oder Schutzoll vollkommen unparteiisch da. Wie schon früher von Rednern unserer Fraktion ausgeführt

wurde, sind wir weder Schutzzöllner noch Freihändler und prüfen wir alle vorkommenden Fragen von Fall zu Fall. Aber nie und nimmermehr werden wir uns dazu hergeben, eine Schutzzollpolitik wie die des Fürsten Reichskanzlers zu unterstützen, denn die Schutzzölle, welche er eingeführt hat und noch erstrebt, sind entweder eine Staatsunterstützung für die Großindustriellen, oder sind einfach Finanzzölle, um die durch die anderen Steuern nicht mehr aufzubringenden Summen, die er für den Militarismus und die Zwecke seiner äußeren und inneren Politik braucht, unter dieser Firma dem Volke zu entlocken. Wenn da behauptet wird, daß der Ertrag der Zölle von dem Auslande oder von den Importeuren und nicht von den Konsumenten getragen werde, so ist das ein grober Irrthum, der durch die Nationalökonomie, durch die hundertjährige Praxis der Volkswirtschaft längst widerlegt worden ist. In England hat man mit der Schutzzollpolitik gebrochen und die Kornzölle abgeschafft, um die englische Industrie konkurrenzfähig gegenüber der aufstrebenden Industrie des Auslandes zu erhalten; und wir in Deutschland machen das Umgekehrte. Um konkurrenzfähig zu werden, belasten wir die Rohprodukte, belasten wir sogar das Getreide mit einem Zoll, vertheuern alle Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern, vertheuern dadurch natürlich die Produktion, und machen uns so unter dem Vorwande oder dem Vorgeben, uns konkurrenzfähig zu machen, vollends unfähig, die Konkurrenz des Auslandes auszuhalten.

So will man der Industrie aufhelfen. Dem Handwerk will man aufhelfen dadurch, daß man die Innungen wieder herstellt. Meine Herren, was sind Innungen? Innungen, soweit sie überhaupt irgend etwas sind, sind verschämte Zünfte. Entweder sind die Innungen nichts, oder sie müssen zu Zünften werden. Das ist aber nicht möglich. Und daß wir Socialdemokraten, die wir die moderne bürgerliche Entwicklung als historische Nothwendigkeit anerkennen, und, in der Beseitigung der Mißstände und Ungerechtigkeiten, die sich herausgestellt haben, die konsequente Fortentwicklung über die bürgerliche Gesellschaft hinaus erstreben — daß wir keine Rückkehr in das Zunftwesen des Mittelalters wollen können, liegt von vornherein auf der Hand. Wir müssen also auch auf diesem Gebiete die Bestrebungen der Reichsregierung und jener, welche sie unterstützen, bekämpfen.

Nun kommen wir zu dem sogenannten „armen Mann“, dem durch die socialpolitischen Reformen aufgeholfen werden soll. Der arme Mann! Ja, meine Herren, wenn es so weiter geht mit dem deutschen Reich, dann wird es in Deutschland bald nur noch arme Männer geben; der arme Mann, dem aufgeholfen werden soll und muß, das ist jetzt schon beinahe das gesammte Volk, und vor allen Dingen ist es das arbeitende Volk. Daß diesem Hilfe geschaffen werde, ist allerdings sehr nothwendig; geschieht es nicht sehr bald, so wird es zu spät sein.

Worin besteht nun die in Aussicht gestellte Hilfe? Da redet man von den positiven Maßregeln. An diesen positiven Maßregeln, die man uns versprochen hat, habe ich bisher noch nichts Positives entdeckt, als den Nebel, in den sie eingehüllt sind. Und der Fürst Reichskanzler, der noch vor Jahresfrist so kühn, ich möchte sagen, wie Zithen aus dem Busch, auf die sociale Frage lossprenkte, wie kleinlaut hat er sich in der Sitzung vom 9. Januar ds. Jahres geäußert! Er hatte inzwischen angefangen, die sociale Frage etwas zu studiren und da war es ihm klar geworden, daß an jedem Zipfel, wo er sie anfäßt, das Ganze hängt, die ganze Umhüllung und der ganze Organismus der heutigen Gesellschaft, daß, wer einmal A gesagt hat, auch B sagen muß, kurz, daß die sociale Frage sich nicht im Detail, nicht in einzelnen willkürlich herausgegriffenen Detailpunkten lösen läßt. Er hat gefunden, daß mit der Unfallversicherung und mit der Altersversorgung, falls sie überhaupt von ihm durchgeführt werden kann, den Arbeitern noch lange nicht gedient ist. Heißt es dem Arbeiter helfen, wenn man ihm nur hilft, nachdem er verunglückt oder invalid geworden ist in Folge der Ausnutzung durch die kapitalistische Produktion? Der Mann will vorher, will auch sonst vom Staate unterstützt sein — nicht in Form von Almosen — und Sie müssen ihn unterstützen, wenn er nicht

zu Grunde gehen soll. Sehen wir doch, in welcher Lage die ungeheure Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung sich in Deutschland befindet. Da gilt es, für Hunderttausende Verdienst schaffen, Arbeit schaffen und der Fürst Reichskanzler hat vor einem Jahr ja auch erklärt: es kann nothwendig werden in consequenter Verfolgung meiner Pläne, daß der Staat für die Beschaffung von Arbeit eintreten muß. Ja, meine Herren, das ist nicht bloß möglich oder wahrscheinlich, das ist nothwendig; denn, wenn man einmal die sociale Frage in die Hand nimmt, dann muß sie auch vollständig und gründlich gelöst werden.

Was die Gesetzesvorlagen betrifft, welche die Regierung bisher auf diesem Gebiete gemacht hat, so hat sie mit denselben nichts weiter bekundet, als ihre vollständige Rathlosigkeit. (Sehr richtig!)

Speciell vom Unfallversicherungsgesetz kann ich nur sagen, daß der bescheidenste Arbeiterverein in Deutschland ein besseres, praktischeres Gesetz zuwege gebracht hätte, als das war, welches in der vorigen Session dem Reichstag vorgelegt wurde.

(Rufe: Sehr richtig!)

Mit solchen Gesetzentwürfen löst man die sociale Frage nicht und gewinnt man das arbeitende Volk in Deutschland wahrlich nicht. Es ist ein großer Unterschied zwischen rein politischen und ökonomischen Fragen. Politische Fragen lassen sich unter Umständen mit dem Schwerte lösen, mit Gewalt, durch gewaltsames Eingreifen — mit ökonomischen Fragen ist dies nicht möglich; und so wenig einst jener deutsche Kaiser sich über die Grammatik stellen konnte, eben so wenig kann ein Reichskanzler — und verfüge er über eine zehnfache Macht wie Fürst Bismarck — sich über die Gesetze der Nationalökonomie hinwegsetzen. Die ehernen Gesetze der Nationalökonomie bestehen für den Fürsten Bismarck gerade so gut wie für uns und wenn er an die Lösung der socialen Fragen geht, so zählt sein bon plaisir, sein Wille für nichts — die sociale Frage muß vor Allem studirt sein. Als im vorigen Jahre von Bewunderern des Reichskanzlers, die an seine gesellschaftsretterische Mission glaubten, das Wort ausgesprochen wurde, Fürst Bismarck sei der Oedipus, welcher das Räthsel der Sphinx „sociale Frage“ lösen werde, da haben die Gläubigen selber nicht vorausgesehen, daß der Oedipus vor wenigen Tagen hier gestehen mußte, daß er in Bezug auf die sociale Frage jetzt weniger klar sei als früher, daß er mit einem Wort das Räthsel der Sphinx nicht gelöst hat — und auch nicht lösen wird. Sie wissen aber aus der griechischen Mythologie, mit der Sphinx war kein Spaß zu machen; diejenigen, die sich unterfangen hatten, ihr Räthsel zu lösen und es nicht lösten, gingen elendiglich zu Grunde.

Die Reichsregierung ist also bisher auf dem Felde der Socialreform weder praktisch, noch auch nur theoretisch — durch Darlegung ihrer Ziele — in einer Weise vorgegangen, welche geeignet wäre, den Arbeitern irgend Vertrauen einzusüßen. Es ist wahr — und alle meine Freunde haben, so weit die Arbeiterinteressen berührende Fragen hier zur Debatte kamen, dies erklärt, — wir sind bereit, alles zu diskutieren und jeder Vorschlag, der im Interesse der Arbeiter ist, wird von uns unterstützt werden. Wir nehmen aber vom heutigen Staat keine Abfindungssumme, sondern nur Abschlagszahlungen, weil wir wissen, daß, so gering auch die Abschlagszahlungen sein mögen, wir schließlich doch im Stande sind, den Zahler — und sei er ein noch so schlechter Zahler — zur Zahlung der vollen Summe zu nöthigen. Wie kann aber angesichts dessen, was bisher geschehen und nicht geschehen ist, innerhalb der deutschen Arbeiterklassen Vertrauen in die socialpolitischen Pläne des Fürsten Bismarck bestehen? Und wären diese Pläne auch vertrauenerweckender und weniger nebelhaft, dann steht immer noch als tiefe unübersteigliche Kluft zwischen uns und der Bismarck'schen Socialreform das Socialistengesetz. Es ist vorhin geredet worden von den Unbilden, die den liberalen Parteien bei den letzten Wahlen zugestoßen sind; was Ihnen geschehen ist, war Kinderpiel, verglichen mit dem, was uns geschehen ist. Wir waren vollständig rechtlos, geächtet, unsere Presse zerstört, keine Versammlung — ausgenommen im

einzigem Großherzogthum Hessen — wurde uns erlaubt, wir konnten unser Wahlrecht nicht ausüben, ohne in der schwächvollsten Weise Mitanknir und verfolgt zu werden. Das sind die Zustände, die durch das Socialistengesetz herbeigeführt worden sind. Dieses Socialistengesetz hat die Wirkung gehabt, nicht bloß, daß eine ganze Partei außerhalb des gemeinen Rechts gestellt worden ist — nein, es hat weiter dazu geführt, daß in Deutschland ein Zustand allgemeiner Rechtlosigkeit eingetreten ist. Wir sind nicht die einzigen Opfer des Socialistengesetzes; die Gesamtheit leidet darunter, — freilich keine andere Partei annähernd in dem Maße wie wir. Die Unsicherheit des Rechts, in welcher wir jetzt leben, ist für meine Parteigenossen bis zur Sicherheit des Unrechts gesteigert worden. Wir wissen, daß wir kein Recht mehr haben, und es ist so weit gekommen, daß, wenn wir sagen, daß wir kein Recht haben, wir wegen Aussprechens der Wahrheit auch auf § 131 hin verfolgt werden. Dank dem Socialistengesetz sind in Deutschland Zustände herbeigeführt worden, wie sie in keinem anderen Staate der Neuzeit, in keinem anderen Lande Europas, auch nur annähernd, existirt haben. Ein System der Spionage — um dies herauszugreifen — herrscht, von dem keiner von Ihnen sich einen Begriff machen kann. Ich will Ihnen nur andeuten, was ich aus meiner persönlichen Erfahrung weiß. Als ich in die Wahlbewegung ging, hatte ich sofort meine Polizisten in Uniform, einen Polizisten ohne Uniform hinter mir, bald wurden es mehr — 3, 4, 5, 6 Polizisten und Geheime: ich mochte schließlich hingehen, wohin ich wollte, die Polizei des ganzen Bezirks war hinter mir und auf Schritt und Tritt wurde ich bewacht, beobachtet, belästigt. Und ebenso ist es meinen Freunden ergangen: bei jedem Worte mußte man fürchten, daß ein Horcher und Denunziant hinter einem saß oder stand. Kurz, es sind Dinge vorgekommen — und kommen tagtäglich vor — die jedem, der stolz ist auf seine Nation, die Röthe der Scham in die Wangen treiben müßte. Und da verlangte neulich, als das Socialistengesetz bei Besprechung des Belagerungszustandes zur Debatte kam, ein Regierungsvertreter von uns, daß wir diese Infamien, diese Niederträchtigkeiten, von einem höheren Gesichtspunkte aus betrachten sollten, als es seitens unserer Redner geschehen sei. Für diese Niederträchtigkeiten gibt es überhaupt keinen hohen Gesichtspunkt, sie müssen einfach verurtheilt und gebrandmarkt werden von jedem Menschen, der noch einen Funken von Sittlichkeit, von Ehr- und Rechtsgefühl in sich hat. Meine Herren, Sie da drüben (links) die Sie das Socialistengesetz seinerzeit beschlossen und durchgesetzt haben, haben Sie gewollt, daß solche schmachvolle Zustände aus Ihrem Werke entstehen sollten? Ich weiß nicht, ob die Einen oder Anderen von Ihnen vielleicht optimistisch gewesen sind; uns werden Sie das Zeugniß ausstellen müssen, daß wir von vornherein erklärt haben: mögen Sie im Reichstag wollen, was Ihnen gefällt, die Regierung, wenn sie einmal das Unterdrückungswerkzeug in der Hand hat, wird es dazu benutzen, um alles zu unterdrücken, was ihr im Wege steht.

Run, meine Herren, die Unterdrückung hat nicht vermocht, uns als Partei zu vernichten — das zeigt schon das Wahleresultat — und ebenso wie das Centrum durch die Ausnahmegeetze nur gekräftigt worden ist, so ist die Socialdemokratie als Partei durch das Socialistengesetz nur gekräftigt worden. An uns werden Sie nichts ändern; die einzige Folge dieses Gesetzes für die Partei ist, daß es sie weiter nach links gedrängt hat und fortwährend drängt; daß die Furchtsamen ausgeschieden worden sind und daß jetzt Strömungen in der Partei hervortreten, die lange nicht in der Stärke vorhanden waren, ehe das Socialistengesetz kam, Strömungen, welche erst in dieser Stufe möglich geworden sind durch das zornige Gefühl der Unterdrückung. Sie haben durch den Belagerungszustand, überhaupt durch die Handhabung des Socialistengesetzes eine Summe des Glends und des Unrechts geschaffen, der nur gleichkommt die Summe des Hasses, den Sie damit erzeugt haben. Mit diesem Haß, meine Herren, werden diejenigen zu rechnen haben, welchen wir das Socialistengesetz verdanken. „Aha!“ denkt man hier vielleicht: „das ist eine Drohung mit der Revolution.“ Meine Herren, vor dem Wort „Revolution“ schreche ich nicht

zurück. Unsere Partei hat sich stets als eine revolutionäre Partei bekannt. Aber wir haben niemals gesagt, daß wir eine revolutionäre Partei seien in dem Sinne, daß das Wort „revolutionär“ prinzipiell die Anwendung physischer Gewalt, das Anstreben des gewaltsamen Umsturzes bedeuete. Im Gegentheil, gegen diese Unterschiebung haben wir uns stets auf das energischste verwahrt. In dieser Beziehung haben wir schon vor 10 Jahren, im Leipziger Hochverrathsprozeß, und später während der Socialistendebatte und bei anderen Gelegenheiten die bündigsten und unzweideutigsten Erklärungen abgegeben; allein man hat uns nicht glauben wollen. Nun, meine Herren, das ist Ihre Sache, mögen Sie es glauben oder nicht glauben; das eine aber will ich Ihnen sagen, daß die Hoffnungen derer, welche glaubten, daß die Entwicklung Deutschlands auf dem Wege der Reform sich vollziehen könne, durch das Socialistengesetz sehr herabgestimmt worden sind. Durch das Ausnahmegesetz haben Sie gerade der reformatorischen Entwicklung einen Kiesel vorgeschoben. Der Weg zur Revolution, zum gewaltsamen Umsturz ist zu allen Zeiten mit Ausnahmegesetzen gepflastert gewesen. (Sehr wahr!)

Ich hatte neulich Gelegenheit, im sächsischen Landtag dem Herrn Minister von Kostitz-Wallwitz ein Wort des englischen Staatsmannes Disraeli, Lord Beaconsfield, eines konservativen Staatsmanns, zu zitiren; dasselbe lautet: „Die Aufgabe eines wahren Staatsmanns ist, durch gute Gesetze die Durchführung solcher Maßregeln zu ermöglichen, zu deren Durchführung die Nationen, die keine gute Gesetzgebung haben, einer Revolution bedürfen.“ Meine Herren, die Revolution zu verhüten, das ist die Aufgabe eines Staatsmanns und eine Revolution läßt sich nur dadurch verhüten, daß der freien Entwicklung des Volkes die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden. Wir weisen also den Vorwurf zurück, daß wir den gewaltsamen Umsturz systematisch anstreben und schleudern ihn auf die Urheber des Socialistengesetzes zurück. Durch das Socialistengesetz drängen Sie Deutschland zu russischen Zuständen, drängen Sie Deutschland zur gewaltsamen Revolution, gerade zu der Katastrophe, welche Sie fürchten. Man glaubt ja wohl in den oberen Regionen, mit der socialen Frage spielen zu können. Die heutigen Zustände Europas sind häufig verglichen worden mit den Zuständen Europas vor der französischen Revolution. Da war es die bürgerliche Welt, die Welt der jungen Bourgeoisie, welche zur Geltung zu kommen versuchte; damals gab es einige Monarchen, welche sich bemühten, durch Revolution von oben, durch diktatorische Maßregeln, durch Klaffe, den Bestrebungen des Bürgerthums, den Bestrebungen der Neuzeit, so weit sie ihnen gefielen, despotisch Geltung zu verschaffen. Meine Herren, die Revolution von oben ist mißglückt, die Revolution von unten kam und mußte kommen. Und die, welche mit dem Feuer gespielt, nahmen ein tragisches Ende. Warum scheiterte die Revolution von oben? Bei keiner Regierung liegt die Macht, um ohne Entfesselung der Volkskraft, eine so großartige socialpolitische Revolution durchzuführen, wie das Emporkommen des Bürgerthums sie gegen Schluß des vorigen Jahrhunderts bedingte. Die Revolution — und wir leben jetzt in dem Zeitalter der Revolution — kann nur siegreich durchgeführt werden durch die Entfesselung der Kräfte unten; nur dadurch, daß die Summe der Kräfte, welche in der Natur liegen, zusammengefaßt wird, nur dadurch ist ein Kraftaufwand zu erzielen, groß genug, um die Geburt einer neuen Welt zu bewerkstelligen. Heute leben wir in einer ähnlichen Zeit wie vor 100 Jahren. Wie es vor der französischen Revolution das Bürgerthum war, welches zur Herrschaft emporstrebte, so ist es heute die Arbeiterklasse, so sind es heutzutage alle die Elemente der Gesellschaft, welche unter den socialen Mißständen leben.

Daß die jetzige Gesellschaftsordnung mangelhaft, daß eine Neugestaltung notwendig ist, wenn wir nicht politisch und ökonomisch zu Grunde gehen wollen, das ist eine Ansicht, die überall verbreitet ist, auf der rechten Seite dieses Hauses so gut wie im Centrum und wie auf der linken. Es wird ja jetzt auf dem Gebiet der Socialreform von allen Parteien ein förmliches Kirchthurmwettrennen abgehalten;

allseitig wird anerkannt, daß die jetzigen Zustände unhaltbar sind, daß eine neue Welt im Geburtsprozeß begriffen ist. Aber, meine Herren, so wenig wie im vorigen Jahrhundert die bürgerliche Welt auf das Commando von oben entstehen konnte, eben so wenig kann die neue socialistische Welt auf Commando von oben, sei es eines Kaisers, sei es eines Königs, sei es eines Reichskanzlers, entstehen. Das gewaltige sociale Problem kann nur gelöst werden durch das Volk. Die Internationale Arbeiterassociation, auf die neulich schon hier hingewiesen ward, hat dies in ihrem Programm ausgesprochen. Die Befreiung der Arbeiterklassen und die Erlösung der Menschen von dem socialen Elend ist bloß möglich durch die Arbeiterklassen. Bloß von unten herauf kann die Umgestaltung der Gesellschaft sich vollziehen. Diese Umgestaltung ist eine Revolution. Ob die sociale Revolution auf dem Wege der Reform oder auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes durchgeführt wird, das hängt nicht von uns ab, sondern von der Majorität der Volksvertretung, von der Staatsklugheit der Regierungen.

Von Herrn Stöcker, der merkwürdiger Weise nicht einmal richtig citiren zu können scheint, ist in einer Rede, welche er während der letzten Wahlkämpfe in Dresden hielt, von mir behauptet worden, ich sei ein lebendiges Exempel für die günstige Wirkung der reformatorischen Pläne des Fürsten Reichskanzler; ich habe im Jahre 1872 in dem „Vorwärts“ noch geschrieben: „ihr könnt euch drehen und wenden, wie ihr wollt, um die Revolution kommt ihr niemals herum“ und voriges Frühjahr im Reichstag, bei Gelegenheit des Unfallgesetzes, habe ich gesagt: „ich bin für die Reform.“ Meine Herren, ich habe weder das eine noch das andere gesagt, ich habe überhaupt im Jahre 1872 noch keinen „Vorwärts“ gekannt, der erst verschiedene Jahre später gegründet worden ist. Was ich in jenem angezogenen Artikel aus dem Jahre 1872 gesagt habe — und zwar im „Volksstaat“, — ist, genau das, was ich dem Herrn Reichskanzler gegenüber in der Debatte über das Unfallgesetz ausgesprochen habe, nämlich, daß die jetzige Welt in revolutionärer Entwicklung begriffen ist, inmitten der Revolution steht, daß diese Revolution durch keine Macht der Erde verhindert werden kann und daß es die Aufgabe der Regierungen ist, die Revolution in friedliche und reformatorische Bahnen zu lenken. Die sociale Frage wegzuescamotiren, ist eine Unmöglichkeit, sie muß gelöst werden, gründlich, revolutionär gelöst werden, und um diese revolutionäre Lösung, diese grundstürzende vollständige Lösung kommen Sie niemals herum. Das sagte ich in jenem Artikel. In demselben Artikel sage ich ferner, daß die Entscheidung der Frage, ob dies auf gewaltsamen oder auf friedlichem Wege geschieht, nicht von uns abhängt, sondern von den Machthabern. Und genau dasselbe habe ich wiederholt bei späteren Gelegenheiten u. a. bei Berathung des Unfallgesetzes gesagt. Nach meinen bisherigen Ausführungen ist unsere Stellung zum Etat klar. Wir mißbilligen und bekämpfen das System, welches durch den Fürsten Reichskanzler vertreten wird; wir sind prinzipielle Gegner des Militarismus, wir sind prinzipielle Gegner des vom Reichskanzler vertretenen Steuersystems, wir sind prinzipielle Gegner seiner gesammten Wirthschaftspolitik und wir haben nicht den geringsten Grund, zu seiner sogenannten Socialreform Vertrauen zu haben. Unter diesen Umständen müssen Sie es durchaus logisch und consequent finden, daß wir sagen: für das System, welches uns den Militarismus bescheert hat und welches mit dem Militarismus identisch ist, für das System, unter dem Deutschland verarmt, welches die Freiheit in Deutschland unterdrückt, welches uns die Ausnahmegesetze gebracht hat, welches hunderttausende von braven fleißigen Bürgern jährlich aus dem Lande treibt, — für dieses System wollen wir keinerlei Verantwortlichkeit übernehmen, — dieses System bekämpfen wir und für die Aufrechterhaltung dieses Systems können wir keinen Pfennig bewilligen. Wir werden also gegen den Etat in seiner Gesamtheit stimmen und ich hoffe, daß diejenigen Herren auf der Linken, welche vorhin so eifrig gegen den Absolutismus geredet haben, ebenfalls die Consequenz besitzen werden, mit uns gegen den Etat und damit gegen das in Worten von ihnen bekämpfte System in seiner Gesamtheit zu stimmen.